

Als Ausdruck der systematischen Benachteiligung ressourcenschwacher Bevölkerungsschichten gehen die Autoren auf direktdemokratische Verfahren auch in anderen Bundesländern, etwa den Volksentscheid über die Hamburger Schulreform, ein. Diese Unmittelbarkeit direktdemokratisch erwirkter Entscheidungen verschärft aus Sicht von Kritikern das Selektivitätsproblem zusätzlich (S. 108). Ebenfalls eine breit angelegte Analyse findet sich zum Thema der die Beteiligung fördernden Parameter von Internet und sozialen Netzwerken. Erfreulich ist, dass dabei auch die Rolle von Parteien und deren internetbasierter Kommunikation problematisiert und für ausbaufähig befunden wird (S. 123). Grundsätzlich sehen die Autoren große Hürden in der Erreichung von mehr Beteiligung und benennen auch die bekannten Schwierigkeiten, die unter dem Begriff des *digital divide* subsumiert werden, wie etwa die Fragmentierung der Öffentlichkeit, mangelnde Transparenz der Entscheidungsgrundlagen bei Abstimmungen sowie die Ungleichheit zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern.

Die Autoren fassen die angesprochenen Diskurse der gegenwärtigen Beteiligungsforschung insofern zukunftsweisend zusammen, als sie in der Zusammenlegung von Abstimmungen über Sachfragen und Wahlen eine Möglichkeit sehen, sinkenden politischen Beteiligungsraten entgegenzuwirken (S. 125). Ob durch diese Maßnahme allerdings auch die angesprochene soziale Selektivität überwunden werden kann, wird sich zeigen müssen.

Die Studie bietet für Wissenschaftler und interessierte Laien einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Partizipationsforschung. NRW kommt dabei aufgrund seiner Größe erhebliche Bedeutung für die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die gesamte Bundesrepublik und somit für die Politische Kultur des Landes zu, obwohl – wie eingangs angesprochen – methodisch unklar ist, inwiefern die besprochene Studie überhaupt repräsentativ ist.

Sonja Clasing

Wahlen in Rumänien: kompakte Informationen über Wähler, Parteien und Parlamente

Marian, Cosmin Gabriel: *Romanian Parliamentary Elections 1990-2012. Stability and Stir*, Peter Lang Edition, Frankfurt am Main 2014, 136 Seiten, € 19,95.

Die Jahre seit 1989 gelten heute in den Augen vieler Rumänen als verlorene Jahre: Politisch hätte sich für Rumänien wenig bis nichts getan. Diese Haltung spiegelt sich in der Wahlbeteiligung, vor allem der jüngeren Generation, die aber mit der Präsidentenwahl im vergangenen Herbst aus der Deckung kam. Der ehemalige Bürgermeister von Hermannstadt/Sibiu *Klaus Iohannis* galt als Hoffnungsträger, der Klientelismus und Stagnation zu überwinden versprach und sich mit seiner klaren, bewusst unprätentiösen Art von seinem Konkurrenten *Victor Ponta* deutlich unterschied. Die Wahl von *Iohannis* wird als politische und gesellschaftliche Wende gedeutet, gerade mit Blick auf aktuelle Verfahren gegen Spitzenpolitiker wie den regierenden Premierminister *Ponta* oder den ehemaligen Staatspräsidenten *Traian Băsescu*, die die Antikorruptionsbehörde schwerer Vergehen beschuldigt. Die so genannte Revolution von 1989 hat zwar einen System-, aber keinen Elitenwechsel bewirkt. In den ersten Mehrparteienwahlen nach der Revolution 1990 gewannen „zur Überraschung der Beobachter“ (S. 9) jene, so *Cosmin Gabriel Marian*, die den Aufstand „überlebt“ (eben-

da) hatten, allen voran *Ion Iliescu*, Anführer der „Front der nationalen Befreiung“, der im Frühjahr 1990 Minenarbeiter nach Bukarest rief, um die Demonstrationen gegen die Front brutal niederzuschlagen. Nur ein Teil der neuen politischen Klasse wäre von den Prinzipien des Liberalismus, Nationalismus oder der christlichen Demokratie überzeugt gewesen, während viele weiterhin in den alten Kategorien dachten.

Die „Monotonie des Parteiensystems“ (S. 11), die „Stabilität in den Ergebnissen der Parlamentswahlen“ (ebenda), von der *Marian* spricht, ist trotz anfänglicher Begeisterung für die Demokratie einerseits Reflex einer staatsgläubigen Haltung, die er mit statistischen Umfragedaten belegt. So waren im Dezember 1997 fast siebenzig Prozent der Rumänen der Ansicht, der Staat sollte die Höchstpreise für Waren festsetzen, und im Oktober 2007 erklärten 76,3 Prozent der Befragten, Rumänien brauche einen starken Anführer, der Ordnung im Land machen solle. Andererseits sollte das Wahlsystem vor dem Hintergrund fortwirkender Denkmuster aus der Zeit vor 1989 die historische Exklusion beenden und allen größeren politischen, sozialen und ethnischen Gruppierungen Repräsentation garantieren; doch nur große Parteien profitierten und kleine Parteien nur insofern, als sie auf regionaler Ebene relativ kompakte ethnische Gruppen vertreten. Kleinere Parteien gaben auf, das politische Spektrum schrumpfte und mit ihm die Wahlbeteiligung. Eine ethnische Partei wie der Ungarnverband UDMR, der von 1996 bis 2012 stets Teil der Regierungsmehrheit war, musste sich der unideologischen Machtpolitik der Mehrheitsparteien anpassen, was beträchtlichen Rechtfertigungsdruck erzeugte. Erst 2012 schaffte es ein Newcomer, die kleine populistische „Partei des Volkes“ (Partidul poporului) von *Dan Diaconescu*, 14 Prozent in beiden Kammern zu erreichen. *Diaconescu* brachial-greller Politikstil erschien als Reaktion auf ein Wahlsystem, in dem „Agenda- und Programmdifferenzen zwischen den politischen Hauptbewerbern minimiert“ (S. 63) wurden.

Das Buch von *Cosmin Gabriel Marian* gibt anhand von Wahlstatistiken und Umfrageergebnissen, in einer klaren, bildhaften Sprache kompakt Aufschluss über die Entwicklung und die Charakteristika beziehungsweise Defizite der rumänischen parlamentarischen Demokratie. Trotz einer ungeheuren Zahl von Parteien, die zwischen 1990 und 2012 entstanden, hätte sich weder im Parteienspektrum noch in der Wählerschaft eine klare Vorstellung politischer Profile zwischen rechts und links ausgebildet: „Links-rechts scheint für die rumänischen Wähler ein unpassender Schirm zu sein, um darunter ihr Verständnis der politischen Welt zu vereinen“ (S. 118). Dennoch stellt *Marian* fest, die rumänischen Wähler hätten sich etwas rechts von der Mitte eingependelt. Warum die Wahlergebnisse, „trotz Aufregung und Experimentierens mit Wahlregeln und einigen Aufruhrs in der politischen Arena“, in den letzten zwanzig Jahren „überraschend monoton“ (S. 119) ausfielen, umreißt der Autor im letzten Kapitel. Die mehr als 50-prozentige Wahlenthaltung erkläre sich aus einem grundsätzlichen Misstrauen der Rumänen gegenüber der Parteipolitik; sie seien „Partei-Agnostiker“ (S. 120), desillusioniert durch die reine Interessenpolitik der Parteien, denn alle großen Parteien stritten sich mit allen, schlossen aber auch mit allen Koalitionen. Sie rekrutierten ihre überwiegend männlichen Kandidaten aus derselben sozialen Schicht, was eine „Mischung aus Konformität [...] und Parteienwechsel“ (ebenda) zur Folge habe. Umfragen zeigen, dass die Kandidaten, die dank ihres Geschicks, weniger durch Kompetenz ihr Mandat behielten, bei den Wählern alles andere als populär waren und vor allem als korrupt wahrgenommen wurden. Somit ist es wenig verwunderlich, dass sich die rumänischen Wähler an der Funktionsweise und dem Phänomen Wahlen an sich wenig interessiert und weitgehend uninformiert erwiesen: „Die rumänischen Wähler schätzten freie Wahlen weni-

ger ihres Ausgangs und mehr wegen der Hoffnungen, die sie hervorriefen“ (ebenda). Mit anderen Worten, die teils erschreckenden Defizite der Parteiendemokratie konnten den Rumänen ihren Glauben an den Wert der Demokratie an sich nicht rauben. Die Präsidentschaft des *Klaus Iohannis*, jener Paradigmenwechsel, der gerade angebrochen zu sein scheint, wird sie darin hoffentlich bestärken.

Marc Stegherr

Das demokratische Zeitalter: detailtreue Weltgeschichte ohne zusammenhaltende These

Stefan Bajohr, Kleine Geschichte des demokratischen Zeitalters, Springer VS, Wiesbaden 2014, 580 Seiten, € 39,99.

Eine „Kleine Weltgeschichte des demokratischen Zeitalters“ hat *Stefan Bajohr*, Professor für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, vorgelegt. Keineswegs ein leichtes Unterfangen, handelt es sich hier doch um einen Drahtseilakt zwischen den im Titel anklingenden Abgründen: auf der einen Seite lauert die Gefahr, ein voluminöses Werk zu verfassen, das zwar für sich reklamieren kann, eine Weltgeschichte abzubilden, das das Adjektiv „klein“ jedoch allenfalls als rhetorisches Feigenblatt missbraucht; auf der anderen Seite blickt ein Autor, der ein solches Projekt angeht, in den Abgrund der Weltgeschichte, die aufgrund eines regionalen Zentrismus zwar klein bleibt, dann aber schwerlich beanspruchen kann, eine *Weltgeschichte* zu sein. Dieser Balanceakt, so viel sei vorweggenommen, gelingt *Bajohr*. Mit gut 500 Seiten Fließtext eignet sich das Werk zwar kaum zur morgendlichen U-Bahn-Lektüre, ist jedoch gleichzeitig nicht derart ausufernd, dass einen bereits das schiere Gewicht des Buches von der Lektüre Abstand nehmen lässt.

In 13 Kapiteln, die von den Evergreens der „Demokratischen Ursprünge“ und den „Bürgerlich-liberalen Revolutionen“ über im europäischen Diskurs meist wenig beachtete Ausführungen zu den „Asiatischen Großmächten“ bis hin zum Kalten Krieg reichen, versucht *Stefan Bajohr*, „den Sinn für den Wert individueller Freiheit und demokratischer Gleichheit [zu] schärfen, und [zu] zeigen, welchen Weg sie bis zu uns zurückgelegt haben“ (S. 13). Hiermit beansprucht das Werk, das aus einer zweisemestrigen Vorlesung des Autors hervorgegangen ist, nicht, eine „chronologische Ereignis- und Ideengeschichte der Demokratie“ zu sein, sondern „greift grundsätzliche Fragen betreffende Mächtekonstellationen und Konflikte, gesellschaftliche Prozesse und Umwälzungen, regionale oder kontinentale Sonderwege heraus und beleuchtet sie auf dem Hintergrund des Strebens von Menschen nach Freiheit und Gleichheit“ (S. 12). Diese Fokussierung auf das Konflikthafte, das den Werdegang der demokratischen Herrschaftsform seit jeher begleitete, erklärt die Spotlights, die der Autor setzt. Ihm ist weniger an der Erzählung einer linearen Erfolgsgeschichte der Demokratie gelegen als am Ausleuchten jener Gefahren und Rückschläge, denen sie sich seit ihren Ursprüngen in der Antike zu erwehren hatte. Dass mit dem Imperialismus, dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, der Russischen Oktoberrevolution und Stalins Autokratie, dem Faschismus sowie den Völkermorden im 19. und 20. Jahrhundert rund die Hälfte aller Kapitel Ereignisse und Phänomene erörtert, die allgemein nicht als Sternstunden der Demokratie zu bezeichnen sind, unterstreicht dies.